

Heiko Kosel

Auf zwei Schwerpunkte möchte ich mich im Landesvorstand konzentrieren, die aus meiner Sicht im Hinblick auf die besondere Lage Sachsens auch in der Linkspartei einer besonderen Behandlung bedürfen: Das ist erstens die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Linken mit politischen



Partnern in Tschechien und Polen und der mit mittelosteuropäischen Ländern zu verwirklichende Internationalismus. „Die LINKE. Sachsen trägt eine besondere Verantwortung für die europäische Linke in der Mitte Europas,“ heißt es im Strategiepapier des Landesverbandes Sachsen. Das muss noch stärker zum verinnerlichten Bekenntnis und zur Erkenntnis enger Zusammenarbeit unseres Landesverbandes mit Linken in Polen und Tschechien führen. Gleich dem bewährten Kooperationsabkommen von linken Parlamentsfraktionen sollten nun auch Vereinbarungen von Parteien und deren Strukturen dieser Länder folgen. Vieles ist bereits zwischen den Kreisverbänden erreicht worden. Mehr ist möglich und nötig. Dafür will ich – auch kraft meiner entsprechenden Sprachkenntnisse und persönlichen Verbindungen – im Landesvorstand initiiierend und organisierend wirken. Es geht hierbei besonders um ergebnisreiche, zielgerichtete und ausdauernde Zusammenarbeit. Das beginnt dort, wo Länder und Regionen unmittelbar aneinandergrenzen. So sehe ich in der Beförderung der länderübergreifenden Zusammenarbeit eine persönliche Herausforderung wie auch eine Heraus-

forderung des Landesverbandes. Deshalb kandidiere ich auch erneut für den Landesvorstand. Allein der jüngste Wahlsieg der KPBM, die in unserer Nachbarregion Ústí nad Labem in einer rot-roten Regierung mit einem kommunistischen Landeshauptmann an der Spitze wirken, stellt uns vor neue Aufgaben und neue Möglichkeiten.

Zweitens kandidiere ich für den Landesvorstand, weil die Minderheitenpolitik personell und hoffentlich strukturell in der Vorstandsarbeit verankert sein sollte. In Beschlüssen, seien es programmatische Aussagen oder Festlegungen im Statut, bekennt sich der Landesverband zu einer konstruktiven Politik gegenüber der sorbischen Bevölkerung. Auch im Erfurter Programm wird die besondere Haltung der Linkspartei zu ethnischen Minderheiten in Deutschland betont und an Staat und Gesellschaft die Forderung gerichtet, dass die Rechte dieser Minderheiten, darunter der Sorben, insbesondere ihr Recht auf Selbstbestimmung, geschützt werden und ihre Repräsentanz und Mitwirkung im gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozess gefördert wird. Was wir, als Partei, von der Gesellschaft richtigerweise einfordern, müssen wir aber auch für uns selbst, als Partei, zum Maßstab nehmen. Der Antrag an den Landesparteitag, eine sorbenpolitische Sprecherin, einen Sprecher zu wählen, liegt vor. Zu einer solchen Kandidatur erkläre ich meine Bereitschaft. Die Wahl meiner Person hätte allerdings auch eine positive in die Gremien der Domowina, der Stiftung für das sorbische Volk und im interregionalen Gewerkschaftsrat von ver.di.

Zur Person

Geboren am 13. August 1966 als erster Sohn einer sorbischen Journalistenfamilie; nach dem Besuch der Sorbischen Erweiterten Oberschule und dreijährigem NVA-Dienst Studium der Geschichtswissenschaften und Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität. Abschluss als Magister und 1999 Zulassung als Rechtsanwalt in Sachsen und als Advokat in Tschechien; Verheiratet, ein Sohn; Seit 2001 Vorsitzender der Schiedskommission der Domowina, seit 2002 Mitglied des Rates der Stiftung für das sorbische Volk; Mitglied des Sächsischen Landtags seit 1999; Mitglied der PDS seit 1990, vorher SED-Mitglied seit 1985, Mitglied des Landesvorstandes der Partei DIE LINKE. Sachsen und Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Ethnische Minderheiten der Linkspartei